

stadt
oberhausen

Informationen der Stadt Oberhausen zum Bürgerentscheid

„Sind Sie dafür, dass sich die Stadt Oberhausen an der gemeinsamen Bewerbung der Region Rhein/Ruhr um die Olympischen und Paralympischen Spiele im Jahr **2036**, im Jahr **2040** oder im Jahr **2044** beteiligt?“

Für die Teilnahme am Ratsbürgerentscheid per Briefabstimmung beachten Sie bitte:

Der Stimmbrief mit dem Stimmzettel und der auf der Rückseite des Stimmscheins unterschriebenen Versicherung an Eides statt muss so rechtzeitig an die Stadt Oberhausen, Fachbereich Wahlen, Schwartzstraße 73, 46045 Oberhausen gesendet werden, dass er spätestens am Sonntag, 19.04.2026, bis 16:00 Uhr dort vorliegt.

Maßgeblich ist der tatsächliche Eingang des Stimmbriefes, nicht der Poststempel. Bitte berücksichtigen Sie, dass sonntags keine Zustellung durch die Deutsche Post erfolgt (anders als z. B. bei einer Bundestagswahl).

Der Stimmbrief kann daher bis Sonntag, 19.04.2026, 16:00 Uhr, auch direkt in den Briefkasten des Fachbereichs Wahlen (Schwartzstraße 73, 46045 Oberhausen) eingeworfen werden.

INHALT

- 1 Informationen der Stadt Oberhausen zum Bürgerentscheid
- 3 Grußwort des Oberbürgermeisters Thorsten Berg
- 4 Begründung: Warum Olympia in Oberhausen stattfinden soll
 - 1) Das Konzept für Olympische und Paralympische Spiele an Rhein und Ruhr
 - 2) Oberhausen als Austragungsort
 - 3) Kosten für die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele
 - 4) Mehrwerte für die Gesellschaft und volkswirtschaftlicher Nutzen bei der Durchführung Olympischer und Paralympischer Spiele
- 9 Stellungnahmen:
CDU-Fraktion
SPD-Fraktion
AfD-Fraktion
- 10 Stellungnahmen:
GRÜNE x PARTEI Ratsfraktion
Einzelmandatsträger Nico Grönke
- 11 Übersicht der Stimmempfehlungen

Liebe Oberhausenerinnen und Oberhausener,

am 19. April entscheiden Sie, ob sich Oberhausen an der gemeinsamen Bewerbung der Region Rhein-Ruhr um die Olympischen und Paralympischen Spiele in den Jahren 2036, 2040 oder 2044 beteiligt.

Diese Spiele stehen für sportliche Spitzenleistungen, verbunden mit Fairness, internationaler Verständigung und einem friedlichen Miteinander. Das Rhein-Ruhr-Konzept bündelt die Stärken von 17 Städten und setzt überwiegend auf bestehende, regelmäßig genutzte Hallen und Stadien. In Oberhausen sollen Vorrundenspiele im Volleyball in der Rudolf Weber-Arena stattfinden.

Ich sage Ja und bin dafür, weil diese Bewerbung unserer Stadt und der gesamten Region große Chancen eröffnet: Notwendige Investitionen in Verkehr, Barrierefreiheit, Digitalisierung und neue Arbeitsplätze können gemeinsam vorangebracht werden. Gleichzeitig präsentieren wir uns weltweit als offene, lebendige und sportbegeisterte Region.

Ich lade Sie herzlich ein, sich mit den beiliegenden Informationen selbst ein Bild zu machen.

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Thorsten Berg', with a stylized, sweeping flourish at the end.

Thorsten Berg
Oberbürgermeister

Begründung: Warum Olympia in Oberhausen stattfinden soll

Die Olympischen und Paralympischen Spiele sind die größte Sportveranstaltung der Welt, bei der alle vier Jahre rund 15.000 Athlet*innen aus etwa 200 Nationen teilnehmen. Die Olympischen und Paralympischen Spiele von Paris im Jahr 2024 haben gezeigt, dass dieses Ereignis nachhaltig organisiert werden kann und nicht nur sportliche Bestleistungen fördert, sondern zu Völkerverständigung und Toleranz beiträgt. Oberhausen erhält durch eine Bewerbung die historische Gelegenheit, an der größten Sportveranstaltung und dem größten Festival der Welt zur Völkerverständigung als Gastgeber mitzuwirken.

1) Das Konzept für Olympische und Paralympische Spiele an Rhein und Ruhr

Am 28.05.2025 hat Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst gemeinsam mit den Spitzen der beteiligten Städte und den Präsidenten des Landessportbundes NRW sowie des Behinderten- und Rehabilitationssportverband NRW dem DOSB im Deutschen Sport- und Olympiamuseum (DSOM) das Konzept für Olympische und Paralympische Spiele an Rhein und Ruhr vorgestellt. Die eingereichte Bewerbung, die in enger Abstimmung zwischen Kommunen, Fachleuten und Athlet*innen entstanden ist, basiert auf dem Konzept „Rhein Ruhr City 2032“, das mit einem besonderen Fokus auf Nachhaltigkeit von Olympischen und Paralympischen Spielen seinerzeit große Zustimmung erfuhr. Das Konzept der Region Rhein-Ruhr bündelt die Stärken von 17 Kommunen in Nordrhein-Westfalen: Aachen, Bochum, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Herten, Köln, Krefeld, Leverkusen, Mönchengladbach, Monheim am Rhein, Oberhausen, Pulheim, Recklinghausen und Wuppertal. Diese werden für die Wettbewerbe im Segeln um die Stärken von Kiel oder Warnemünde und für Kanu-Slalom von Markkleeberg ergänzt. Auf diese Weise kann der Verbund Rhein-Ruhr für die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele ein Konzept anbieten, das zu 100 % auf bereits bestehende, oder temporär errichtete oder ertüchtigte Sportstätten zurückgreift. Neben etablierten Sportstätten ist das Konzept in der Lage, rund 95 % der Sportlerinnen und Sportler im Olympischen und Paralympischen Dorf unterzubringen und damit die vom Internationalen Olympischen Komitee geforderten maximalen Reisezeiten zu den Wettkampfstätten einzuhalten. Darüber hinaus wirbt der Verbund mit der Sportbegeisterung, Leidenschaft und Expertise der Menschen im Rheinland und im Ruhrgebiet. In den vergangenen zehn Jahren wurden in Nordrhein-Westfalen rund 30 Welt- und Europameisterschaften sowie Weltcups durchgeführt. Erstmals in der olympischen und paralympischen Geschichte sollen für die Spiele an Rhein und Ruhr rund 14 Millionen Tickets angeboten werden. Das bedeutet eine sehr hohe Teilhabe der Menschen aus allen Bevölkerungsschichten, da die Ticketpreise entsprechend gestaltet werden können.

Im Rahmen seiner Präsidiumssitzung Ende September 2025 hat der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) nach intensiver Prüfung bestätigt, dass das von der Region Rhein-Ruhr eingereichte Konzept zur Austragung von Olympischen und Paralympischen Spielen alle sportfachlichen Anforderungen erfüllt. Das Konzept wurde dabei in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, dem Landessportbund NRW und dem Behinderten- und Rehabilitationssportverband NRW federführend durch D.SPORTS, als Tochter der Stadt Düsseldorf in ihrer Funktion als Vertreterin der Kommunen, erarbeitet.

Somit hat die Region Rhein-Ruhr die zweite Stufe im insgesamt dreistufigen, nationalen Bewerbungsprozess erreicht. Schritt zwei sieht die Durchführung von Bürgerbeteiligungen in den jeweiligen Bewerberregionen bis Ende Juni 2026 vor. Der dritte Schritt ist dann die Entscheidung des DOSB für eines der vier Bewerberkonzepte im Rahmen einer außerordentlichen Mitgliederversammlung voraussichtlich im September 2026.

Die Landesregierung, die Stadt Oberhausen und alle weiteren am Konzept beteiligten Kommunen sind überzeugt: Moderne, nachhaltige Spiele kann es nur mit und nicht gegen den Willen der Menschen im Land geben. Deshalb hat die Landesregierung die Federführung für die weiteren Schritte, insbesondere in Vorbereitung der kommunikativen Maßnahmen zur Bewerbung der Idee Olympischer und Paralympischer Spiele an Rhein und Ruhr übernommen. Gemeinsam setzt man auf die verbindliche Bürgerbeteiligung aller am Konzept beteiligten Kommunen, setzt sich damit bewusst von den anderen Bewerbern ab, und macht die Unterstützung der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen zu einem zentralen Bestandteil des selbst gewählten Bewerbungsprozesses.

Neben der Region Rhein-Ruhr haben auch Berlin, Hamburg und München ihre Bewerbungen fristgerecht beim DOSB eingereicht. Der Bürgerentscheid in der Stadt München, die am 26.10.2025 als erste Bewerberregion eine Bürgerbeteiligung durchgeführt hat, fiel mit 66,4 % deutlich positiv aus. Ein Bürgerentscheid in Hamburg ist für den 31.05.2026 geplant. Berlin beabsichtigt rein auf Beteiligungsformate und nicht auf einen Bürgerentscheid zu setzen.

Die Austragungsjahre, für die sich der DOSB bewerben will, wurden von 2036 und 2040 nun auch auf 2044 erweitert. Hintergrund ist, dass eine Vergabe für 2036 schon bald erfolgen könnte und somit dieses Jahr nicht mehr in Frage kommen würde. Vergangene Bewerbungsprozesse haben zudem gezeigt, dass es zielführend ist, wenn eine Bewerbung über mehrere Entscheidungszyklen beim IOC aufrecht zu erhalten, um die Wahrscheinlichkeit eines Zuschlags zu erhöhen.

Die Entscheidung, mit welchem Konzept sich der DOSB um die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele für die Jahre 2036, 2040 oder 2044 bewerben wird, soll im September 2026 im Rahmen einer außerordentlichen Mitgliederversammlung fallen.

2) Oberhausen als Austragungsort

Im Rahmen einer möglichen positiven Olympiabewerbung der Region Rhein-Ruhr ist vorgesehen, dass die Stadt Oberhausen als Austragungsort für Teile des Volleyballturniers fungiert. Konkret soll die Rudolf-Weber-Arena für die Durchführung der Vorrundenspiele in der Sportart Volleyball genutzt werden. Weitere olympische Wettkämpfe oder infrastrukturelle Maßnahmen sind für Oberhausen derzeit nicht vorgesehen.

3) Kosten für die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele

Bei der Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele ist zwischen zwei Formen von Kosten zu differenzieren. Dies sind zum einen die „Durchführungskosten“ für die Spiele (sog. „OCOG-Budget“ oder „GOB“) und zum anderen die Kosten für die „Infrastrukturinvestitionen“ (sog. NON OCOG-Budget), die bis zur Durchführung der Spiele getätigt werden würden.

- a) Die Durchführungskosten, das Games Organizing Budet (GOB) (auch „OCOG-Budget“ genannt), für die Durchführung der Spiele in der Region Rhein-Ruhr ist vom DOSB zusammen mit externen Partnern erarbeitet worden. Hierbei zeichnet sich nach aktuellen Berechnungen ab, dass zur Deckung der Durchführungskosten keine öffentlichen Mittel benötigt werden. Entstehende Kosten werden durch Sponsorengelder, Ticketing und Beiträge des IOC finanziert. Einzig für die Durchführungskosten der Paralympischen Spiele ist voraussichtlich ein Zuschuss aus der öffentlichen Hand einzuplanen. Derzeitige Berechnungen gehen davon aus, dass das GOB bei rund 4,800 Mrd. € liegen wird, die Einnahmepotenziale bei rund 5,200 Mrd. € und damit bei der Durchführung der Olympischen und Paralympischen Spiele an Rhein und Ruhr ein positives Ergebnis erzielt werden würde.
- b) Das Budget für mögliche Infrastrukturinvestitionen lässt sich in der jetzigen Phase der Bewerbung noch nicht beziffern. Eine Notwendigkeit von Investitionen in Mobilität, Infrastruktur o.ä. ist außer beim Olympischen und Paralympischen Dorf, das nach den Spielen als Wohnquartier weitergenutzt werden wird, nicht gegeben. Vielmehr stellt die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele einen Anreiz dar, ohnehin in den nächsten Jahren geplante und notwendige Investitionen z.B. in die Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur zur Stärkung der nachhaltigen Mobilität zielstrebig voranzutreiben und damit schneller und mutiger umzusetzen. Gleiches gilt für potenzielle Kosten im Bereich der Sicherheit im öffentlichen Raum. Sicherheitskosten innerhalb der Wettkampfstätten sind hingegen bereits im GOB enthalten und basieren auf den Erfahrungen der Durchführung einer Vielzahl von Welt- und Europameisterschaften in den letzten zehn Jahren, bei denen die Sicherheitskonzepte immer eine umfassende und den unterschiedlichen Lagen angepasste Sicherheit gewährleisten konnten.

Grundsätzlich ist zu beachten, dass die Kostenentwicklung bei einem Projekt dieser Größenordnung stets von einer Vielzahl von Faktoren abhängt und der allgemeinen Kostensteigerung unterliegt.

4) Mehrwerte für die Gesellschaft und volkswirtschaftlicher Nutzen bei der Durchführung Olympischer und Paralympischer Spiele

Die Olympischen und Paralympischen Spiele sind mehr als nur ein sportlicher Wettbewerb. Die Ausrichtung des größten Sportfests der Welt stellt für die Stadt Oberhausen als Partner im Verbund mit den anderen teilnehmenden Städten in Nordrhein-Westfalen eine einmalige Chance dar, durch gemeinsame Projekte und Investitionen – die größtenteils den Infrastrukturinvestitionen (siehe vorheriges Kapitel) zugeordnet werden können – den Bedarfen und Herausforderungen der Zukunft zu begegnen und sich gleichzeitig weltweit als gastfreundliche und weltoffene Region zu präsentieren. Neben auf der Hand liegenden Effekten hinsichtlich des Standortmarketings sowie direkten und indirekten fiskalischen und privatwirtschaftlichen Effekten, die unmittelbar durch die Veranstaltung ausgelöst werden, kann die Perspektive „Olympia und Paralympics an Rhein und Ruhr“ auch Katalysator für wichtige Zukunftsthemen sein.

Gesellschaftlicher Mehrwert:

- Förderung von Gemeinschaftsgefühl und Identifikation:

Eine gemeinsame Großveranstaltung fördert lokalen Zusammenhalt, das Zugehörigkeits- und das Wir-Gefühl innerhalb Oberhausens und über Stadtgrenzen hinweg (Oberhausen, Rhein-Ruhr).

- Inspiration für junge Menschen:

Kinder und Jugendliche haben die Möglichkeit, die besten Sportler*innen der Welt live und hautnah mitzuerleben. Die Leistungen von Spitzensportler*innen sind häufig Motivation und Inspiration für Kinder und Jugendliche, selbst sportlich aktiv zu werden, die dann davon träumen, selbst einmal bei Olympischen und Paralympischen Spielen teilzunehmen.

- Bildung, Sportkultur- und Jugendarbeit:

Kultur- und Bildungsprojekte rund um den Sport und seiner Geschichte tragen zu einer ganzheitlichen Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen bei. In Kombination mit Sport- und Bewegungsangeboten in Schulen werden die Gesundheit, die Bewegungskompetenzen und Talente bereits im jungen Alter gefördert. In Paris wurden beispielsweise täglich 30 Minuten Bewegung in 36.500 Grundschulen durchgeführt, 36.000 Kinder erhielten kostenlosen Schwimmunterricht und fünf Millionen Kinder und Jugendliche haben an landesweiten Olympischen und Paralympischen Wochen teilgenommen.

- Förderung des (Breiten-)Sports:

In Nordrhein-Westfalen gibt es rund 17.450 Sportvereine mit 5,3 Millionen Mitgliedern. Somit ist jede*r dritte Einwohner*in in NRW Mitglied eines Sportvereines. 500.000 Menschen engagieren sich zudem ehrenamtlich in diesen Organisationen. Die Durchführung von Olympischen und Paralympischen Spielen ist gleichzeitig eine aktive Förderung der bestehenden Strukturen im Sport. Egal ob im Breiten-, Nachwuchs- und Inklusionssport oder Sport der Älteren. Sport ist ein bedeutender Teil der Gesellschaft.

- Inklusion und Teilhabe:

Alle Menschen ungeachtet einer Behinderung sollen die Möglichkeit haben, die Olympischen und Paralympischen Spiele miterleben zu können. Das bedeutet, dass nicht nur die Sportstätten, sondern auch der Verkehr und die gesamte städtische Infrastruktur barrierearm gestaltet werden müssen. Damit wären die Spiele ein Impulsgeber für mehr Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Darüber hinaus tragen die Paralympischen Spiele sowie die beeindruckenden Spitzenleistungen von Athlet*innen mit Behinderung dazu bei, die Möglichkeiten und Potenziale einer inklusiven und barrierefreien Gesellschaft und Stadtentwicklung für alle zu präsentieren.

Mit Investitionen in Höhe von rund 125 Mio. Euro hat Paris im Vorfeld der Spiele unter anderem Schulen barrierefrei angepasst, Hindernisse in den Stadtteilen abgebaut und den ÖPNV, Sportstätten sowie öffentliche Gebäude barrierefreier gestaltet und damit die Stadt für die Menschen nachhaltig inklusiver gemacht.

Volkswirtschaftlicher Nutzen:

- Vernetzte und nachhaltige Mobilität:

Während der Olympischen und Paralympischen Spiele reisen rund 14 Mio. Besuchende zwischen den Wettkampfstätten und nutzen dafür größtenteils den ÖPNV. Sowohl innerhalb Oberhausens als auch der gesamte Verbund der 17 Kommunen würde von einem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sowie einem zentral gesteuerten Mobilitätskonzept langfristig profitieren. Der Rhein-Ruhr-Express (RRX) verbindet die Olympia-Region von Aachen über Köln, Düsseldorf und das Ruhrgebiet bis nach Dortmund. Der RRX könnte die publikumsintensiven olympischen und paralympischen Standorte im 15 Minutentakt verbinden. Mit dem Zuschlag für die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele würden die städtischen Aktivitäten in den Kommunen beflügelt werden, um eine emissionsfreie Mobilität während der Spiele zu gewährleisten. In Paris profitieren die Menschen auch nach den Spielen beispielsweise von mehr als 180 km neu geschaffenen Radwegen.

- Digitalisierung:

Die Initiative einer Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele kann ebenso Beschleuniger für die Entwicklung einer zukünftigen tragfähigen digitalen Infrastruktur sein. Als Austragungsort von Olympischen und Paralympischen Spielen muss sich die Region Rhein-Ruhr auch in diesem Bereich weiterentwickeln. Vielfach bereits angestoßene Maßnahmen würden durch die Veranstaltung zusätzlichen Rückenwind erhalten.

- Verstärker von Infrastrukturprojekten:

Sportgroßevents wie die Olympischen und Paralympische Spiele wirken häufig als Beschleuniger von großen Bauvorhaben.

- Auswirkungen auf die lokale Wirtschaft:

Die Ausrichtung dieses Sportgroßevents schafft sowohl im Sport als auch in anderen Gesellschaftsbereichen neue Arbeitsplätze. In Paris wurden beispielsweise 181.000 neue Arbeitsplätze in den Bereichen Bau, Organisation und Tourismus geschaffen. Zudem kommen während der Spiele Millionen Menschen aus der ganzen Welt in die Region, die durch ihre Ausgaben den Tourismus, den Handel und die Gastronomie ankurbeln, sodass mit kurz- bis mittelfristigen Auswirkungen zu rechnen ist.

- Internationale Stärkung des Images:

Während der Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Spiele liegt die Aufmerksamkeit der ganzen Welt für mehrere Wochen auf der Ausrichterstadt. Die positiven Bilder und Emotionen, die ausgelöst von den sportlichen Wettbewerben in die ganze Welt ausgestrahlt werden, würden zu einer immensen Imagesteigerung beitragen. Dies kann langfristige Auswirkungen auf Messen, den Handel und das Gewerbe haben.

Stellungnahme der CDU-Fraktion

Die Olympischen Spiele bieten der Rhein-Ruhr-Region eine außergewöhnliche Chance, sich international als starke und moderne Metropolregion zu präsentieren. Für unser Ruhrgebiet bedeutet die Olympiabewerbung vor allem eines: wirtschaftlichen Aufbruch. Investitionen in die Infrastruktur, neue Impulse für Tourismus, Gastronomie und Dienstleistungen sowie eine enorme internationale Aufmerksamkeit stärken unsere Region weit über die Spiele hinaus.

Zugleich ist wichtig: Das Konzept setzt bewusst auf vorhandene Sportstätten, kurze Wege und die enge Zusammenarbeit der Städte. So soll Oberhausen mit den Volleyball-Wettbewerben in der Arena am Centro punkten und damit seine Rolle als moderner Veranstaltungsstandort weiter ausbauen.

Unsere Bewerbung verbindet Zukunftsperspektiven mit wirtschaftlicher Weitsicht. Deshalb empfehlen wir als CDU: Stimmen Sie am 19. April 2026 mit JA für diese Chance, mit JA für unsere Heimatstadt!

Stellungnahme der SPD-Fraktion

„Olympia im Ruhrgebiet“ ist aus Sicht der Oberhausener SPD ein unterstützungswertes Projekt. Vor Spielen an Rhein und Ruhr müssten schließlich keine gigantischen und teuren Bauprojekte erfolgen. Stadien, Hallen, ÖPNV-Knoten und Hotels sind größtenteils vorhanden. Das Ruhrgebiet – und Oberhausen – ist bereit für große Wettkämpfe mit hohen Zuschauerzahlen. Spiele an der Ruhr wären ökologisch und ökonomisch vernünftig. Vernunft ist nicht alles, was das Ruhrgebiet in die Waagschale werfen kann. Die Region ist so sportverrückt wie gastfreundlich. Nicht zu vergessen: Olympische Spiele bringen Investitionen mit sich. Barcelona 1992 nutzte sie für Verkehrs- und Stadtentwicklung, London 2012 verbesserte Verbindungen und beschleunigte die Erneuerung in einigen Vierteln der Stadt. Diese und weitere Städte nutzen noch heute die Vorteile, die ihnen die Spiele gebracht haben. Und das sollte auch unser Ziel sein.

Stellungnahme der AfD-Fraktion

Die AfD-Ratsfraktion Oberhausen begrüßt ausdrücklich die Durchführung eines Bürgerentscheids zur geplanten Olympia-Bewerbung der Region Rhein-Ruhr. Eine so weitreichende Entscheidung gehört in die Hände der Bürger. Wir rufen daher alle Oberhausenerinnen und Oberhausener – unabhängig von ihrer persönlichen Haltung – zur Teilnahme am 19.04.2026 auf.

In Übereinstimmung mit der AfD-Landtagsfraktion NRW stellen wir fest: Olympische Großprojekte bergen erhebliche finanzielle Risiken und unkalkulierbare Folgekosten. Bis heute bleiben die konkreten Auswirkungen auf den städtischen Haushalt, mögliche Ertüchtigungen von Sportstätten sowie der zusätzliche Bedarf an Trainingsstätten intransparent. Angesichts der angespannten Finanzlage stellt sich die Frage nach Sinn, Zweck und tatsächlichem Nutzen für unsere Bürger. Oberhausen braucht solide Finanzen und klare Prioritäten – keine Prestigeprojekte mit offenem Ausgang.

Stellungnahme der GRÜNE x PARTEI Ratsfraktion

Die GRÜNE x PARTEI Ratsfraktion Oberhausen spricht sich für Olympische und Paralympische Spiele in der Region KölnRheinRuhr aus. Ein „Ja“ verstehen wir als politischen Auftrag, die Spiele sozial gerecht, ökologisch verantwortungsvoll und demokratisch verbindlich zu gestalten. Olympische Spiele sind nicht unumstritten, etwa wegen ökologischer Schäden, sozialer Verdrängung und mangelnder Offenheit. Gerade deshalb unterstützen wir eine Bewerbung, die aus Fehlern der Vergangenheit lernt und klare Standards setzt.

Das dezentrale Konzept nutzt bestehende Infrastruktur wie die Rudolf Weber-Arena und vermeidet Neubauten. Nachhaltige Mobilitätsangebote würden nicht nur im Veranstaltungszeitraum wirken, sondern langfristig den Bürgerinnen und Bürgern im Alltag zugutekommen und die Erreichbarkeit innerhalb der Region dauerhaft verbessern. So können die Spiele Impulse für eine klimaverträgliche und zukunftsfähige Stadtentwicklung geben.

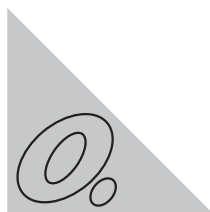
Stellungnahme des Einzelmandatsträgers Nico Grönke

Die Bewerbung für Olympia 2036/40 ist kein Symbolprojekt, sondern ein finanzielles Risiko in Zeiten struktureller Unterfinanzierung. Unsere Stadt ist faktisch am Limit – mit Defiziten in dreistelliger Millionenhöhe und kaum Spielräumen für Bildung, soziale Infrastruktur und Vereine.

Internationale Erfahrungen zeigen: Olympische Spiele werden regelmäßig massiv teurer als geplant – nicht selten um 100 bis 325 Prozent. Am Ende gilt: Die Risiken werden sozialisiert, die Gewinne privatisiert. Das IOC sichert sich ab, die öffentliche Hand haftet. Statt kurzfristigem Glanz brauchen wir langfristige Tragfähigkeit. Priorität haben funktionierende Schulen, bezahlbarer Wohnraum und starke Kommunen – nicht ein finanzielles Abenteuer mit unklaren Folgen für kommende Generationen.

Übersicht der Stimmempfehlungen

Name	Anzahl der Sitze	Empfehlung
CDU-Fraktion	16	ja
SPD-Fraktion	16	ja
AfD-Fraktion	13	nein
GRÜNE x PARTEI Ratsfraktion	6	ja
Einzelmandatsträger Nico Grönke	1	nein



stadt
oberhausen

Impressum

Stadt Oberhausen
Stadtkanzlei
Schwartzstraße 72
46042 Oberhausen
stadtkanzlei@oberhausen.de